



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 23.02.2026 (Vormittag)

Nick Glättli (SP, Niederweningen) hat das Amtsgelübde als Kantonsrat abgelegt und ist damit als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 46/2026). Der 26-jährige Datenanalyst ersetzt Beatrix Stüssi.

Ivo Hasler (SP, Dübendorf) hat das Amtsgelübde als Kantonsrat abgelegt und ist damit als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 44/2026). Der 46-jährige Architekt ersetzt Stefan Feldmann.

Nadja Wirth (Grüne, Pfäffikon) hat das Amtsgelübde als Kantonsrätin abgelegt und ist damit als neues Ratsmitglied in den Kantonsrat eingetreten (KR-Nr. 45/2026). Die 22-jährige Betriebswirtschaftsstudentin ersetzt Urs Dietschi.

Der Kantonsrat hat Luisa Schwegler (SP, Zürich) als Mitglied der KJS gewählt ([KR-Nr. 8/2026](#)). Sie ersetzt Beatrix Stüssi.

Der Kantonsrat hat die Motion betreffend «Kennzeichnungspflicht für KI-gestützte staatliche Entscheide» von SP-Kantonsrätin Leandra Columberg als Postulat diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 314/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «KI in Verwaltung nur mit Open Source und Open Government Data» von SP-Kantonsrat Felix Hoesch diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 315/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Personalsuche in der Verwaltung – Transparenz, Fairness und Datenschutz sicherstellen» von SP-Kantonsrätin Birgit Tognella-Geertsens diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 322/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Strategie zur Nutzung von KI im Gesundheitswesen» von SP-Kantonsrätin Marion Schmid diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 323/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Barrierefreiheit durch KI in kantonalen Dienstleistungen» von SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 324/2025](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kantonale KI-Governance» von SP-Kantonsrätin Leandra Columberg diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 325/2025](#)).

Der Kantonsrat hat die Motion betreffend «Automatisierte Prüfung und Veranlagung im Steuerwesen» von FDP-Kantonsrat Michael Biber diskussionslos überwiesen ([KR-Nr. 380/2025](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Der Kantonsrat hat mit der ersten Lesung über verschiedenen Änderungen des Polizeigesetzes in Bezug auf die Datenbearbeitung begonnen und über zahlreiche

Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt ([5977](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Die Detailberatung wird in der Nachmittagssitzung fortgesetzt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 23.02.2026 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Diskussion über verschiedenen Änderungen des Polizeigesetzes in Bezug auf die Datenbearbeitung fortgesetzt und die Detailberatung in erster Lesung abgeschlossen. Dabei wurde über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt ([5977](#)). Der Rat ist allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat mit 106 zu 66 Stimmen die parlamentarische Initiative betreffend «Gezielter über den Anspruch auf Zusatzleistungen informieren» von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma abgelehnt, mit der gefordert wurde, Gemeinden und die Sozialversicherungsanstalt (SVA) sollen Personen, die Anspruch auf Zusatzleistungen haben, von Amtes wegen ein Antragsformular zustellen ([KR-Nr. 143/2024](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat der Abrechnung des Verpflichtungskredits betreffend Verein Zürich Tourismus (Staatsbeitrag infolge Covid-19-Pandemie) diskussionslos zugestimmt ([5664](#)).

Der Kantonsrat hat die Behördeninitiative betreffend «Für eine wirksame Förderung des sozialen Wohnungsbaus» mit 0 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der der Gemeinderat von Zürich forderte, dass die Obergrenze für ausstehende Darlehen des Kantons von 180 Millionen Franken auf 360 Millionen Franken erhöht werden soll ([KR-Nr. 327/2025](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat die Einzelinitiative betreffend «Präzisierung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz betr. SVA» mit 44 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Uster forderte, dass die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA) allen Personen, die Anspruch auf individuelle Prämienverbilligung (IPV) haben, zwingend ein Antragsformular auf Papier zustellen muss ([KR-Nr. 343/2025](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat die Behördeninitiative betreffend «Verbot biometrischer Gesichtserkennung» mit 54 Stimmen nicht vorläufig unterstützt, mit der das Stadtparlament Winterthur forderte, dass biometrische Gesichtserkennung an allen öffentlich zugänglichen Orten verboten wird ([KR-Nr. 330/2025](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 1 Stimme nicht vorläufig unterstützt, mit der eine Person aus Bülach forderte, dass der Kanton Zürich an einem seiner Bildungsinstitutionen Jodeln als Hauptfach anbieten und den Schwerpunkt auf die Dirigentenausbildung legen soll ([KR-Nr. 362/2025](#)). Für eine vorläufige Unterstützung wären 60 Stimmen nötig gewesen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 88 zu 79 Stimmen eine Motion von GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig überwiesen ([KR-Nr. 196/2024](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird gefordert, dass die Praxis der Gemeinden bei der Herausgabe von Adressdaten von Personengruppen an Private für ideelle Zwecke überprüft wird.

(*nic.*)